

# Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV)

172.010.1

vom 25. November 1998 (Stand am 25. April 2006)

---

*Der Schweizerische Bundesrat,*

gestützt auf die Artikel 24, 43 und 47 des Regierungs- und  
Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21 März 1997<sup>1</sup> (RVOG),  
*verordnet:*

## 1. Kapitel: Der Bundesrat

### Art. 1 Verhandlungen (Art. 13, 16 Abs. 1 und 4, 17 RVOG)

<sup>1</sup> Die Sitzungen des Bundesrates finden in der Regel einmal jede Woche statt.

<sup>2</sup> Geschäfte von wesentlicher Bedeutung oder von politischer Tragweite werden einzeln beraten und beschlossen. Geschäfte von weit reichender Bedeutung können im Rahmen von Klausuren behandelt werden.

<sup>3</sup> Die übrigen Geschäfte können, wenn sie unbestritten sind, ohne Einzelberatung gesamthaft verabschiedet oder in einem schriftlichen Beschlussverfahren erledigt werden. Präsidialentscheide nach Artikel 26 Absatz 4 RVOG bleiben vorbehalten.<sup>2</sup>

<sup>4</sup> Wenn es die Umstände erfordern und keine Zeit für die Durchführung einer Sitzung zur Verfügung steht, kann der Bundesrat auch einzelne Geschäfte nach Absatz 2 schriftlich oder mit anderen Mitteln verhandeln. Diese Beschlüsse sind denjenigen in den Sitzungen gleichgestellt. Präsidialentscheide nach Artikel 26 Absätze 1–3 RVOG bleiben vorbehalten.<sup>3</sup>

<sup>5</sup> Die Beschlüsse werden für jedes Geschäft schriftlich festgehalten.

### Art. 2 Geschäftsplanung (Art. 25 Abs. 2 Bst. a, 32 Bst. b und 33 RVOG)

<sup>1</sup> Mit der Geschäftsplanung wird sichergestellt, dass die Geschäfte im Bundesrat entsprechend ihrer Bedeutung und Dringlichkeit behandelt werden können.

AS 1999 1258

<sup>1</sup> SR 172.010

<sup>2</sup> Fassung gemäss Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS 2002 2827).

<sup>3</sup> Fassung gemäss Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS 2002 2827).

<sup>2</sup> Die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident legt mit der Bundeskanzlei und den Departementen die wichtigsten Geschäfte und Themenschwerpunkte für ein Quartal oder Semester fest.

### **Art. 3** Anträge, Aussprachen und Informationsnotizen

(Art. 14, 15, 17 RVOG)

<sup>1</sup> Der Bundesrat fasst seine Beschlüsse in der Regel gestützt auf schriftliche Anträge und nach abgeschlossenem Mitberichtsverfahren (Art. 5).

<sup>2</sup> Das Antragsrecht steht den Mitgliedern des Bundesrates sowie, für die Geschäfte der Bundeskanzlei, der Bundeskanzlerin oder dem Bundeskanzler zu.

<sup>3</sup> Soweit das Bundesrecht andere Behörden oder Organe bezeichnet, die dem Bundesrat Geschäfte vorlegen oder Anträge unterbreiten können, geschieht dies über die Bundeskanzlei oder das Departement, das den engsten Sachbezug zum betreffenden Geschäft aufweist.

<sup>4</sup> Der Bundesrat führt Aussprachen insbesondere zu Geschäften von weit reichender Bedeutung durch. Er trifft bei Bedarf Zwischenentscheide, legt Grundzüge einer Lösung fest und erteilt dem zuständigen Departement oder der Bundeskanzlei Anweisungen zur Bearbeitung des Geschäfts.

<sup>5</sup> Die Departemente oder die Bundeskanzlei können dem Bundesrat jederzeit ohne formellen Antrag Informationsnotizen über wichtige Vorgänge und Tätigkeiten in ihrem Aufgabenbereich zuleiten.

### **Art. 4** Ämterkonsultation

<sup>1</sup> Bei der Vorbereitung von Anträgen lädt das federführende Amt die mitinteressierten Verwaltungseinheiten unter Ansetzung angemessener Fristen zur Stellungnahme ein. In begründeten Ausnahmefällen kann auf die Ämterkonsultation verzichtet oder kann diese auf einen engen Adressatenkreis beschränkt werden.

<sup>2</sup> Differenzen werden so weit wie möglich in der Ämterkonsultation bereinigt; das federführende Departement erstattet dem Bundesrat darüber Bericht.

<sup>3</sup> Als mitinteressiert gelten die Verwaltungseinheiten, die einen fachlichen Bezug zum Geschäft haben oder die für die Beurteilung finanzieller, rechtlicher oder formeller Aspekte zuständig sind.

### **Art. 5** Mitberichtsverfahren

(Art. 15 und 33 RVOG)

<sup>1</sup> Das Mitberichtsverfahren dient der Entscheidungsvorbereitung auf Stufe Bundesrat. Ziel des Verfahrens ist es, dass sich der Bundesrat in den Verhandlungen auf grundsätzliche Aspekte konzentrieren kann.

<sup>2</sup> Das federführende Departement reicht der Bundeskanzlei den definitiven Antrag rechtzeitig zur Durchführung des Mitberichtsverfahrens ein.

## **1a. Kapitel:<sup>4</sup> Informationsgesuche von Ratsmitgliedern und parlamentarischen Kommissionen**

### **Art. 5a**

<sup>1</sup> Über Gesuche von Ratsmitgliedern und von parlamentarischen Kommissionen um Informationen nach den Artikeln 7 beziehungsweise 150 des Parlamentsgesetzes vom 13. Dezember 2002<sup>5</sup> entscheidet das zuständige Departement. Besteht zwischen der Gesuchstellerin oder dem Gesuchsteller und dem zuständigen Departement Uneinigkeit über den Umfang der Informationsrechte, so entscheidet der Bundesrat.

<sup>2</sup> Der Bundesrat entscheidet in jedem Fall:

- a. bei Informationen, die seiner unmittelbaren Entscheidungsfindung dienen, auf Antrag der Bundeskanzlei;
- b. bei Informationen aus dem Bereich des Staatsschutzes und der Nachrichtendienste auf Antrag des zuständigen Departementes.

<sup>3</sup> Gesuche um Einsichtnahme in Beschlüsse des Bundesrates werden von der Bundeskanzlei im Einvernehmen mit dem zuständigen Departement bearbeitet und beantwortet.

## **2. Kapitel: Die Verwaltung**

### **1. Abschnitt: Die Bundesverwaltung**

#### **Art. 6**

Bestand

(Art. 2 Abs. 1–3 RVOG)

<sup>1</sup> Die Bundesverwaltung besteht aus folgenden Verwaltungseinheiten:

- a. den Departementen und der Bundeskanzlei;
- b. den Generalsekretariaten;
- c. den Gruppen;
- d. den Ämtern sowie deren weiteren Untergliederungen;
- e. den Behördenkommissionen (ohne die Rekurskommissionen nach den Art. 71a–71d des BG vom 20. Dezember 1968<sup>6</sup> über das Verwaltungsverfahren – VwVG bzw. nach der V vom 3. Febr. 1993<sup>7</sup> über Organisation und Verfahren eidgenössischer Rekurs- und Schiedskommissionen) sowie anderen administrativ zugewiesenen Einheiten;
- f. den selbstständigen Anstalten und Betrieben.

<sup>4</sup> Eingefügt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2003 (AS 2003 4117).

<sup>5</sup> SR 171.10

<sup>6</sup> SR 172.021

<sup>7</sup> SR 173.31

<sup>2</sup> Diesen Einheiten gleichgestellt sind Einheiten mit anderen Bezeichnungen, aber gleichen Funktionen.

<sup>3</sup> Die Verwaltungseinheiten nach Absatz 1 Buchstaben a–d bilden die zentrale Bundesverwaltung, diejenigen nach Absatz 1 Buchstaben e und f die dezentrale Bundesverwaltung.<sup>8</sup>

<sup>4</sup> Die Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung (ohne die weiteren Untergliederungen der Ämter) und die wichtigsten Einheiten der dezentralen Bundesverwaltung werden im Anhang aufgelistet.<sup>9</sup>

### **Art. 7** Die zentrale Bundesverwaltung

(Art. 2, 43 und 44 RVOG)

<sup>1</sup> Die Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung erfüllen die für die Wahrnehmung der Regierungsfunktionen notwendigen Aufgaben. Sie wahren die Kohärenz der Verwaltungstätigkeit und stellen deren Konstanz sicher. Sie sind gegenüber dem Departement weisungsgebunden und sind ihm untergeordnet.

<sup>2</sup> Die Ämter sind dem Departement direkt unterstellt. Sie können zu Gruppen zusammengefasst werden, wenn die Führbarkeit des Departements damit verbessert wird.

<sup>3</sup> ...<sup>10</sup>

### **Art. 8** Die dezentrale Bundesverwaltung

<sup>1</sup> Die Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung sind der Bundeskanzlei oder dem Departement mit dem engsten Sachbezug zugeordnet.

<sup>2</sup> Die administrativ zugewiesenen Einheiten sind, was die Verwaltung der Ressourcen betrifft, in der Regel der zentralen Bundesverwaltung gleichgestellt; in der Erfüllung ihrer Aufgaben sind sie weisungsungebunden.

<sup>3</sup> Die selbstständigen Anstalten und Betriebe verfügen in der Regel über eigene Rechtspersönlichkeit und eigene Organe und bilden einen eigenen Rechnungskreis.

## **2. Abschnitt: ...**

### **Art. 9–10<sup>11</sup>**

<sup>8</sup> Ursprünglich Abs. 4.

<sup>9</sup> Fassung gemäss Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS 2002 2827).

<sup>10</sup> Aufgehoben durch Art. 77 der Finanzhaushaltverordnung vom 5. April 2006 (SR 611.01).

<sup>11</sup> Aufgehoben durch Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002 (AS 2002 2827).

### **3. Kapitel: Führung der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit**

#### **1. Abschnitt: Grundsätze**

##### **Art. 11** Grundsätze der Verwaltungstätigkeit

(Art. 3 RVOG)

Die Bundesverwaltung handelt im Rahmen des Bundesrechts und der vom Bundesrat gesetzten Ziele und Prioritäten. Sie beachtet dabei insbesondere folgende Grundsätze:

- a. Sie erkennt neuen Handlungsbedarf frühzeitig und leitet daraus Ziele, Strategien und Massnahmen ab.
- b. Sie ordnet ihre Tätigkeiten entsprechend der Wichtigkeit und Dringlichkeit.
- c. Sie erbringt ihre Leistungen bürgernah, nachhaltig, wirksam und wirtschaftlich.

##### **Art. 12** Grundsätze der Verwaltungsführung

(Art. 8, 35, 36 RVOG)

<sup>1</sup> Die Führungsverantwortlichen aller Stufen handeln nach folgenden Grundsätzen:

- a. Sie führen mittels Vereinbarung von Zielen und Wirkungen.
- b. Sie beurteilen die Leistungen ihrer Verwaltungseinheiten und ihrer Mitarbeitenden periodisch.
- c. Sie passen Prozesse und Organisation rechtzeitig neuen Bedürfnissen an.
- d. Sie nutzen ihre Handlungsspielräume und Entscheidungskompetenzen und gewähren diese auch ihren Mitarbeitenden.
- e. Sie fördern eine Kultur der Lern- und Veränderungsbereitschaft.
- f. Sie stellen eine ergebnisorientierte und interdisziplinäre Arbeitsweise sicher.

<sup>2</sup> Im Übrigen gelten insbesondere die Personalgesetzgebung und das personalpolitische Leitbild des Bundesrates.

##### **Art. 13** Stufengerechte Zuordnung von Zuständigkeiten in der zentralen Bundesverwaltung

(Art. 47 Abs. 1 RVOG)

<sup>1</sup> Massgebend für die Zuordnung der Zuständigkeit zum Entscheid nach Artikel 47 Absatz 1 RVOG ist die Bedeutung eines Geschäftes.

<sup>2</sup> Die Zuordnung erfolgt in der Regel an die Einheit, bei der die erforderliche politische und fachliche Kompetenz konzentriert ist. Die Zuordnung an Einheiten unterhalb der Amtsstufe erfolgt nur in begründeten Ausnahmefällen.

<sup>3</sup> Im Einzelfall wird ein Geschäft der vorgesetzten Einheit zum Entscheid oder zur Erteilung einer Weisung unterbreitet, wenn seine besondere Bedeutung oder Komplexität dies erfordert.

## 2. Abschnitt: Zusammenarbeit

### Art. 14 Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungseinheiten

- <sup>1</sup> Die Verwaltungseinheiten sind zur Zusammenarbeit verpflichtet. Sie unterstützen und informieren sich gegenseitig.
- <sup>2</sup> Sie koordinieren ihre Tätigkeiten und stimmen diese auf die Gesamtpolitik des Bundesrates ab.
- <sup>3</sup> Sie erteilen anderen Verwaltungseinheiten die Auskünfte, die für deren gesetzliche Aufgabenerfüllung erforderlich sind.

### Art. 15 Mitwirkung mitinteressierter Verwaltungseinheiten

- <sup>1</sup> Soweit nicht eine Ämterkonsultation vorgeschrieben ist, stellen die Verwaltungseinheiten zur Vorbereitung ihrer Entscheide die Mitwirkung aller mitinteressierten Einheiten sicher.
- <sup>2</sup> Die Mitwirkung erfolgt in Form der Anhörung, wenn nicht eine entsprechende Rechtsgrundlage die Zustimmung vorsieht. Die Anhörung erfolgt grundsätzlich schriftlich.
- <sup>3</sup> Ist eine Zustimmung erforderlich, werden Differenzen von den beteiligten Einheiten selber bereinigt. Ausnahmsweise können diese eine Differenzbereinigung auf nächsthöherer Ebene verlangen.

### Art. 16 Generalsekretärenkonferenz

(Art. 53 RVOG)

- <sup>1</sup> Die Generalsekretärenkonferenz ist das oberste Koordinationsorgan. Sie trägt zu einer vorausschauenden, wirksamen und kohärenten Verwaltungstätigkeit bei. Sie zieht weitere Personen oder Stellen bei.
- <sup>2</sup> Sie wirkt mit bei der Planung, Vorbereitung und beim Vollzug von Bundesratsgeschäften sowie bei der Bereinigung von Differenzen.

## 3. Abschnitt: Planung und Controlling

### Art. 17 Planung

(Art. 6 Abs. 1, 25 Abs. 2 Bst. a, 32 Bst. a, 36 Abs. 1, 51, 52 RVOG)

- <sup>1</sup> Der Bundesrat legt Schwergewichte, Ziele und Mittel der Planungen fest.
- <sup>2</sup> Die Planungen des Bundesrates bestehen aus:
  - a. Gesamtplanungen, die alle Politikbereiche des Bundes umfassen; dazu gehören die Richtlinien der Regierungspolitik nach Artikel 18 und die Jahresziele des Bundesrates nach Artikel 19 als Sachplanungen sowie die Finanz-

planungen nach Finanzhaushaltsgesetz vom 6. Oktober 1989<sup>12</sup> und nach Finanzhaushaltsverordnung vom 11. Juni 1990<sup>13</sup>;

- b. Teilplanungen zu einzelnen Politikbereichen des Bundes oder zu Teilen davon;
- c. weiteren Planungen bei Bedarf.

<sup>3</sup> Die Sach- und die Finanzplanungen werden zeitlich und inhaltlich so weit als möglich aufeinander abgestimmt. Die einzelnen Aufgabengebiete werden in Politikbereiche zusammengefasst.

<sup>4</sup> Die Bundeskanzlei bereitet die Sachpläne nach Absatz 2 Buchstabe a vor. Die Eidgenössische Finanzverwaltung bereitet Budget und Finanzplan vor. Sie arbeiten dabei mit den Departementen zusammen.

<sup>5</sup> Für die untergeordneten Verwaltungseinheiten sind die Pläne des Bundesrates und der Departemente verbindlich.

## **Art. 18** Richtlinien der Regierungspolitik

(Art. 45<sup>bis</sup> GVG<sup>14</sup>)

<sup>1</sup> Die Richtlinien der Regierungspolitik geben einen umfassenden politischen Orientierungsrahmen für die Regierungstätigkeit in einer Legislaturperiode.

<sup>2</sup> Sie ziehen Bilanz über die vergangene Legislaturperiode.

<sup>3</sup> Sie legen die Ziele und Wirkungen sowie die prioritären Massnahmen fest und bezeichnen die Bereiche, wo das staatliche Leistungsangebot überprüft werden muss oder abgebaut werden kann.

## **Art. 19** Jahresziele des Bundesrates

(Art. 51 RVOG)

<sup>1</sup> Die Jahresziele des Bundesrates umschreiben die Grundzüge der Regierungstätigkeit für das nächste Jahr, bestimmen Ziele und Massnahmen und bezeichnen die zuhandelnden eidgenössischen Räte zu verabschiedenden Geschäfte.

<sup>12</sup> [AS 1990 985, 1995 836 Ziff. II, 1996 3042, 1997 2022 Anhang Ziff. 2 2465 Anhang Ziff. 11, 1998 1202 Art. 7 Ziff. 3, 2847 Anhang Ziff. 5, 1999 3131, 2000 273 Anhang Ziff. 7, 2001 707 Art. 31 Ziff. 2, 2002 2471, 2003 535, 3543 Anhang Ziff. II 7 4265 5191, 2004 1633 Ziff. I 6 1985 Anhang Ziff. II 3. AS 2006 1275 Art. 64]. Siehe heute das Finanzhaushaltsgesetz vom 7. Oktober 2005 (SR 611.0).

<sup>13</sup> [AS 1990 996, 1993 820 Anhang Ziff. 4, 1995 3204, 1996 2243 Ziff. I 42 3043, 1999 1167 Anhang Ziff. 5, 2000 198 Art. 32 Ziff. 1, 2001 267 Art. 33 Ziff. 2, 2003 537, 2004 4471 Art. 15. AS 2006 1295 Art. 76]. Siehe heute die Finanzhaushaltsverordnung vom 5. April 2006 (SR 611.01).

<sup>14</sup> [AS 1962 811, 1966 1375, 1970 1249, 1972 245 1514, 1974 1051 Ziff. II 1, 1978 688 Art. 88 Ziff. 2, 1979 114 Art. 66 679 1318, 1984 768, 1985 452, 1986 1712, 1987 600 Art. 16 Ziff. 3, 1989 257 260, 1990 1530 1642, 1991 857 Anhang Ziff. 1, 1992 641 2344, 1994 360 2147, 1995 4840, 1996 1725 Anhang Ziff. I 2868, 1997 753 Ziff. II 760 Art. 1 2022 Anhang Ziff. 4, 1998 646 1418 2847 Anhang Ziff. 8, 1999 468, 2000 273 2093, 2001 114 Ziff. I 1, 2002 3371 Anhang Ziff. 1, 2003 2119. AS 2003 3543 Anhang Ziff. I 3]. Siehe heute das Parlamentsgesetz vom 13. Dez. 2002 (SR 171.10).

<sup>2</sup> Die Jahresziele bilden eine Grundlage für die Geschäftsplanung des Bundesrates nach Artikel 2, für das Controlling nach Artikel 21, für die Aufsicht nach Abschnitt 5 sowie für die jährliche Geschäftsberichterstattung nach Artikel 45 des Geschäftsverkehrsgesetzes vom 23. März 1962<sup>15</sup> (GVG).

**Art. 20** Jahresziele der Departemente und der Bundeskanzlei

(Art. 51 RVOG)

<sup>1</sup> Die Departemente und die Bundeskanzlei stimmen ihre Jahresziele auf die Planungen des Bundesrates ab und unterbreiten sie dem Bundesrat zur Kenntnisnahme.

<sup>2</sup> Sie erstatten im Rahmen der jährlichen Geschäftsberichterstattung des Bundesrates nach Artikel 45 GVG<sup>16</sup> Bericht über ihre Tätigkeit.

**Art. 21** Controlling

<sup>1</sup> Das Controlling ist ein Führungsinstrument zur prozessbegleitenden Steuerung der Zielerreichung auf allen Stufen.

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird bei seinem Controlling durch die Bundeskanzlei und das Eidgenössische Finanzdepartement unterstützt. Diese arbeiten dabei mit den Departementen zusammen.

<sup>3</sup> Die Departemente sind für das Controlling in ihrem Bereich zuständig. Sie stimmen ihr Controlling auf das Controlling des Bundesrates ab.

**Art. 22** Nachweis der Verwaltungstätigkeit

<sup>1</sup> Die Verwaltungseinheiten führen den Nachweis über die eigene Geschäftstätigkeit auf Grund einer systematischen Aktenführung. Sie treffen die organisatorischen, administrativen und technischen Massnahmen, die für eine ordnungsgemässe Bildung und Führung der Akten erforderlich sind.

<sup>2</sup> Das Bundesarchiv koordiniert und kontrolliert die Aktenführung und unterstützt die Verwaltungseinheiten.

<sup>3</sup> Das Bundesamt für Informatik koordiniert und unterstützt den Einsatz von Informatikmitteln für die Aktenführung, insbesondere auf dem Gebiet der Büroautomation.

<sup>4</sup> Im Übrigen gilt die Bundesgesetzgebung über die Archivierung.

<sup>15</sup> Siehe heute das Parlamentsgesetz vom 13. Dez. 2002 (SR 171.10).

<sup>16</sup> Siehe heute das Parlamentsgesetz vom 13. Dez. 2002 (SR 171.10).



#### 4. Abschnitt: Information und Kommunikation

(Art. 10, 10a, 11, 34, 40 und 54 RVOG)<sup>17</sup>

##### Art. 23

<sup>1</sup> Die Bundeskanzlei ist, in Zusammenarbeit mit den Departementen, zuständig für die Information der Bundesversammlung, der Kantone und der Öffentlichkeit über Entscheide, Absichten und Vorkehren des Bundesrates. Sie sorgt für die nötige Planung und erarbeitet die Grundsätze für die Kommunikationspolitik des Bundesrates.

<sup>2</sup> Die Departemente und die Bundeskanzlei tragen die Verantwortung für die interne und externe Information und Kommunikation über ihre Geschäfte. Sie stellen diese in den Gesamtzusammenhang der Kommunikationspolitik des Bundesrates. Sie regeln die Informationsaufgaben der ihnen untergeordneten Einheiten.

<sup>3</sup> Die Bundeskanzlei ist, in Zusammenarbeit mit der Konferenz der Informationsdienste, für die Koordination der Information und Kommunikation zuständig und kann zu diesem Zweck Weisungen erlassen.

<sup>4</sup> Bei Bedarf kann der Bundesrat die Information und Kommunikation bei der Bundespräsidentin oder dem Bundespräsidenten, bei der Bundeskanzlei, einem Departement oder einer anderen bezeichneten Stelle zentralisieren. Die bezeichnete Stelle erhält entsprechende Weisungsbefugnisse.

#### 5. Abschnitt: Aufsicht

##### Art. 24 Aufsicht über die Verwaltung

(Art. 8 Abs. 3 und 4, 36 Abs. 3 RVOG)

<sup>1</sup> Mit der Aufsicht stellen der Bundesrat, die Departemente und die Bundeskanzlei die Erfüllung der verfassungsmässigen und gesetzlichen Aufgaben sicher.

<sup>2</sup> Die Aufsicht über die zentrale Bundesverwaltung ist umfassend. Sie richtet sich nach den in den Artikeln 11 und 12 aufgeführten Grundsätzen.

<sup>3</sup> Die Aufsicht über die dezentrale Bundesverwaltung sowie über die Organisationen und Personen gemäss Artikel 2 Absatz 4 RVOG wird in Gegenstand, Umfang und Grundsätzen durch die Spezialgesetzgebung geregelt und richtet sich nach dem jeweiligen Grad der Autonomie.

<sup>17</sup> Fassung gemäss Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS 2002 2827).

**Art. 25** Kontrolle

(Art. 8 Abs. 3 und 4 RVOG)

<sup>1</sup> Die Kontrolle, als Instrument der Aufsicht, dient:

- a. der vertieften Abklärung von besonderen Fragestellungen, die sich aus aktuellen Ereignissen oder festgestellten Missständen ergeben;
- b. der periodischen Überprüfung besonderer Fachbereiche.

<sup>2</sup> Mit Kontrollen sind in der Regel besondere Stellen befasst, die von der kontrollierten Verwaltungseinheit unabhängig sind.**Art. 26**<sup>18</sup> Kontrolle durch den Bundesrat

(Art. 8 Abs. 3 und 4, 25 Abs. 2 Bst. c und d, 32 Bst. e RVOG)

Der Bundesrat und die Bundespräsidentin und der Bundespräsident werden bei der Ausübung der gesetzlichen Kontrollaufgaben von der Bundeskanzlei unterstützt. Für weitergehende departementsübergreifende Abklärungen können Projektorganisationen nach Artikel 56 RVOG oder eine externe Beratung nach Artikel 57 RVOG eingesetzt werden.

**Art. 27**<sup>19</sup> Überprüfung von Bundesaufgaben

(Art. 5 RVOG)

<sup>1</sup> Die Verwaltungseinheiten überprüfen ihre Aufgaben, Leistungen, Prozesse und Organisation periodisch und systematisch auf ihre Notwendigkeit und auf Übereinstimmung mit den Grundsätzen von Artikel 11 und 12; sie veranlassen die entsprechenden Anpassungs- und Verzichtsmassnahmen.<sup>2</sup> Die Generalsekretärenkonferenz wirkt koordinierend mit.**6. Abschnitt:**<sup>20</sup> **Administrativuntersuchung****Art. 27a** Zweck<sup>1</sup> Die Administrativuntersuchung ist ein spezielles Verfahren der Kontrolle nach den Artikeln 25 und 26, mit dem abgeklärt wird, ob ein Sachverhalt vorliegt, der im öffentlichen Interesse ein Einschreiten von Amtes wegen erfordert.<sup>2</sup> Die Administrativuntersuchung richtet sich nicht gegen bestimmte Personen. Die Disziplinaruntersuchung nach Artikel 98 der Bundespersonalverordnung vom 3. Juli 2001<sup>21</sup> sowie strafrechtliche Verfahren bleiben vorbehalten.<sup>18</sup> Fassung gemäss Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS **2002** 2827).<sup>19</sup> Fassung gemäss Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS **2002** 2827).<sup>20</sup> Eingefügt durch Ziff. I der V vom 10. Dez. 2004 (AS **2004** 5251).<sup>21</sup> SR **172.220.111.3**

**Art. 27b** Parallel laufende Verfahren

<sup>1</sup> Eine Administrativuntersuchung darf weder Strafuntersuchungen noch Untersuchungen der parlamentarischen Aufsichtsorgane behindern.

<sup>2</sup> Ist ein Verfahrenskonflikt absehbar, so sisiert die anordnende Stelle die Administrativuntersuchung oder bricht sie ab.

**Art. 27c** Anordnende Stelle

<sup>1</sup> Die Departementsvorsteherinnen und Departementsvorsteher sowie die Bundeskanzlerin oder der Bundeskanzler ordnen in den ihnen unterstehenden Verwaltungseinheiten Administrativuntersuchungen an. Sie können diese Zuständigkeit an die ihnen unterstellten Verwaltungseinheiten delegieren.

<sup>2</sup> Ist von einer Administrativuntersuchung mehr als ein Departement, einschliesslich die Bundeskanzlei, betroffen, so ordnet der Bundesrat die Untersuchung an.

**Art. 27d** Untersuchungsorgane

<sup>1</sup> Mit der Administrativuntersuchung sind Personen zu betrauen, die:

- a. die erforderlichen persönlichen, beruflichen und fachlichen Voraussetzungen für eine solche Aufgabe erfüllen;
- b. nicht im zu untersuchenden Aufgabenbereich tätig sind; und
- c. nicht gleichzeitig und in gleicher Sache mit einem Disziplinarverfahren oder einem anderen personalrechtlichen Verfahren betraut sind.

<sup>2</sup> Die Untersuchung kann Personen ausserhalb der Bundesverwaltung übertragen werden. Eine solche Person handelt als Beauftragte der anordnenden Stelle.

<sup>3</sup> Die Untersuchungsorgane können im Rahmen ihres Auftrages Weisungen, aber keine Verfügungen erlassen.

<sup>4</sup> Die Bestimmungen über den Ausstand nach Artikel 10 VwVG<sup>22</sup> gelten sinngemäss.

**Art. 27e** Untersuchungsauftrag

<sup>1</sup> Die anordnende Stelle erteilt einen schriftlichen Untersuchungsauftrag. Darin wird insbesondere umschrieben:

- a. der Gegenstand der Untersuchung;
- b. die Einsetzung des Untersuchungsorgans;
- c. die Kompetenzen des Untersuchungsorgans;
- d. die Pflicht zur Wahrung des Amtsgeheimnisses;
- e. die Entschädigung des Untersuchungsorgans;
- f. die Bereitstellung der erforderlichen Hilfsmittel;

- g. der Beizug von Hilfsorganen;
- h. die Art und Weise der Berichterstattung;
- i. die Termine.

<sup>2</sup> Dem Untersuchungsauftrag werden allfällige Vorakten beigelegt.

#### **Art. 27f** Eröffnung

<sup>1</sup> Die anordnende Stelle gibt den betroffenen Verwaltungsstellen die Eröffnung der Administrativuntersuchung sowie deren Anlass und Zweck sowie das Untersuchungsorgan bekannt.

<sup>2</sup> Sie erlässt die erforderlichen Weisungen über Zutritts- und Einsichtsrechte der Untersuchungsorgane sowie über die Auskunftspflicht der betroffenen Angestellten.

#### **Art. 27g** Durchführung

<sup>1</sup> Zur Feststellung des Sachverhaltes bedient sich das Untersuchungsorgan der Beweismittel nach Artikel 12 VwVG<sup>23</sup>. In der Administrativuntersuchung findet jedoch keine Zeugeneinvernahme statt.

<sup>2</sup> Die in die Administrativuntersuchung einbezogenen Behörden und Angestellten des Bundes sind verpflichtet, an der Feststellung des Sachverhaltes mitzuwirken.

<sup>3</sup> Zeigt sich im Verlauf der Administrativuntersuchung, dass Informationen, die unter die Schweigepflicht fallen, aus anderen Departementen oder der Bundeskanzlei notwendig sind, so hat das Untersuchungsorgan vorgängig das Einverständnis des Vorstehers oder der Vorsteherin des Departements oder des Bundeskanzlers oder der Bundeskanzlerin einzuholen. In den anderen Fällen gilt Artikel 14.

<sup>4</sup> Die in die Administrativuntersuchung einbezogenen Behörden und Personen haben Gelegenheit, alle Akten, die sie betreffen, einzusehen und dazu Stellung zu nehmen (Art. 26–28 VwVG).

<sup>5</sup> Sie haben Anspruch auf rechtliches Gehör (Art. 29–33 VwVG).

#### **Art. 27h** Befragungen

<sup>1</sup> Die in die Administrativuntersuchung einbezogenen Personen können sich vertreten und verbeiständen lassen.

<sup>2</sup> Das Untersuchungsorgan weist die Personen, die befragt werden sollen, darauf hin, dass sie die Aussage verweigern können, wenn sie sich mit dieser im Hinblick auf ein Disziplinar- oder Strafverfahren selbst belasten würden.

<sup>3</sup> Es weist Personen ausserhalb der Bundesverwaltung, die befragt werden sollen, darauf hin, dass ihre Auskunftserteilung freiwillig erfolgt.

<sup>23</sup> SR 172.021

**Art. 27i** Schutz von Personendaten

Jede Dienststelle, die vom Untersuchungsorgan zur Bekanntgabe von Personendaten aufgefordert wird, hat in eigener Kompetenz sicherzustellen, dass dabei die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992<sup>24</sup> über den Datenschutz eingehalten werden.

**Art. 27j** Ergebnisse

<sup>1</sup> Das Untersuchungsorgan liefert der anordnenden Stelle sämtliche Untersuchungsakten sowie einen Bericht ab.

<sup>2</sup> Es stellt im Bericht den Ablauf sowie die Ergebnisse der Untersuchung dar und präsentiert Vorschläge für das weitere Vorgehen.

<sup>3</sup> Die anordnende Stelle informiert die in eine Administrativuntersuchung einbezogenen Behörden und Personen über das Ergebnis.

<sup>4</sup> Über die Folgen einer Administrativuntersuchung entscheidet die anordnende Stelle.

<sup>5</sup> Die Ergebnisse einer Administrativuntersuchung können zum Anlass für die Einleitung anderer, insbesondere personalrechtlicher Verfahren genommen werden.

**3a. Kapitel:<sup>25</sup> Genehmigung kantonaler Erlasse****Art. 27k** Einreichung

(Art. 61b Abs. 1 RVOG)

<sup>1</sup> Gesetze und Verordnungen der Kantone, die vom Bund genehmigt werden müssen, sind bei der Bundeskanzlei einzureichen. Die Bundeskanzlei kann die Einreichung verlangen.

<sup>2</sup> Die Erlasse sind einzureichen, sobald sie von der zuständigen kantonalen Behörde angenommen worden sind. Die Durchführung einer Volksabstimmung oder der Ablauf einer Referendumsfrist müssen nicht abgewartet werden.

<sup>3</sup> Die Kantone können genehmigungspflichtige Erlasse bei der Bundeskanzlei zur Vorprüfung einreichen.

**Art. 27l** Weiterleitung an das zuständige Departement

<sup>1</sup> Die Bundeskanzlei leitet einen bei ihr eingereichten Erlass an das zuständige Departement weiter.

<sup>2</sup> Fällt ein Erlass nicht in die ausschliessliche Zuständigkeit eines Departementes, so bestimmt die Bundeskanzlei die Federführung und orientiert die mitinteressierten Departemente.

<sup>24</sup> SR 235.1

<sup>25</sup> Eingefügt durch Ziff. I der V vom 5. April 2006, in Kraft seit 1. Juni 2006 (AS 2006 1269).

**Art. 27m** Genehmigung in nichtstreitigen Fällen

(Art. 61b Abs. 2 RVOG)

In nichtstreitigen Fällen erteilt das Departement die Genehmigung innert zwei Monaten nach der Einreichung. Es teilt die Genehmigung dem Kanton und der Bundeskanzlei mit.

**Art. 27n** Genehmigung in streitigen Fällen

(Art. 61b Abs. 3 RVOG)

<sup>1</sup> Kommt das Departement zum Schluss, dass die Genehmigung wegen Bundesrechtswidrigkeit nicht oder nur mit Vorbehalt erteilt werden kann, so trifft es innert zwei Monaten nach Einreichung einen Zwischenentscheid. Es unterbreitet den Entscheid mit kurzer Begründung dem Kanton und setzt ihm eine Frist zur Stellungnahme.

<sup>2</sup> Kommt das Departement auf Grund der Stellungnahme des Kantons zum Schluss, dass keine Bundesrechtswidrigkeit besteht, so erteilt es die Genehmigung innert zwei Monaten nach Eingang der Stellungnahme des Kantons.

<sup>3</sup> Andernfalls unterbreitet das Departement dem Bundesrat das Geschäft innert zwei Monaten mit einem Antrag auf Erteilung der Genehmigung mit Vorbehalt oder auf Verweigerung der Genehmigung.

**3b. Kapitel:<sup>26</sup> Verträge der Kantone unter sich oder mit dem Ausland****Art. 27o** Information des Bundes

(Art. 61c Abs. 1 RVOG)

<sup>1</sup> Über Verträge der Kantone unter sich oder mit dem Ausland informieren die Vertragskantone oder eine von ihnen bezeichnete Koordinationsstelle die Bundeskanzlei.

<sup>2</sup> Die Information hat zu erfolgen:

- a. bei Verträgen der Kantone unter sich: nach der Verabschiedung des Entwurfs durch das mit der Ausarbeitung betraute interkantonale Organ oder nach der Annahme des Vertrages durch mindestens einen Vertragskanton;
- b. bei Verträgen der Kantone mit dem Ausland: vor dem Abschluss des Vertrags.

<sup>3</sup> Der Vertragstext ist der Information beizulegen.

**Art. 27p** Vorprüfung von Verträgen der Kantone unter sich

Die Kantone können Verträge unter sich bei der Bundeskanzlei zur Vorprüfung einreichen.

<sup>26</sup> Eingefügt durch Ziff. I der V vom 5. April 2006, in Kraft seit 1. Juni 2006 (AS 2006 1269).

**Art. 27q** Orientierung der Drittkantone

(Art. 62 Abs. 1 RVOG)

<sup>1</sup> Die Bundeskanzlei orientiert die nicht beteiligten Kantone (Drittkantone) in Form einer Bekanntmachung im Bundesblatt über einen ihr zur Kenntnis gebrachten Vertrag innert 14 Tagen seit Eingang des Vertrags.

<sup>2</sup> Sie nennt in der Bekanntmachung die Vertragskantone, den Titel des betreffenden Vertrags sowie die Stelle, bei welcher der Vertragstext bezogen oder eingesehen werden kann.

<sup>3</sup> Für Verträge der Kantone mit dem Ausland, die durch Vermittlung des Bundes abgeschlossen werden, gelten die Absätze 1 und 2 sinngemäss.

**Art. 27r** Weiterleitung an das zuständige Departement

<sup>1</sup> Die Bundeskanzlei leitet einen bei ihr eingereichten Vertrag an das zuständige Departement weiter.

<sup>2</sup> Fällt ein Vertrag nicht in die ausschliessliche Zuständigkeit eines Departements, so bestimmt die Bundeskanzlei die Federführung und orientiert die mitinteressierten Departemente.

**Art. 27s** Mitteilung des Prüfungsergebnisses; Einwand gegen die Verträge

(Art. 62 Abs. 2 und 3 RVOG)

<sup>1</sup> Das Departement teilt das Ergebnis der Prüfung des Vertrags innert zwei Monaten seit der Orientierung im Bundesblatt nach Artikel 27q den Vertragskantonen oder der Koordinationsstelle sowie der Bundeskanzlei mit.

<sup>2</sup> Stellt das Departement fest, dass der Vertrag dem Recht oder den Interessen des Bundes zuwiderläuft, so macht es diesen Einwand gegenüber den Vertragskantonen und gegebenenfalls der Koordinationsstelle geltend und lädt sie zur Stellungnahme ein.

<sup>3</sup> Das Departement teilt den Vertragskantonen und der Koordinationsstelle sowie der Bundeskanzlei umgehend mit, ob auf Grund der Stellungnahme der Widerspruch zum Recht oder den Interessen des Bundes bestehen bleibt oder nicht.

**Art. 27t** Einsprache bei der Bundesversammlung

(Art. 62 Abs. 4 RVOG)

Bleibt der Widerspruch zum Recht oder zu den Interessen des Bundes bestehen, so stellt das Departement dem Bundesrat den Antrag, bei der Bundesversammlung Einsprache gegen den entsprechenden Vertrag zu erheben.

## 4. Kapitel: Schlussbestimmungen

### 1. Abschnitt: Weitere Ausführungsbestimmungen

#### Art. 28 Organisationsverordnungen des Bundesrates für die Departemente und die Bundeskanzlei

(Art. 31 Abs. 3, 43 und 47 RVOG)

Der Bundesrat erlässt für jedes Departement und für die Bundeskanzlei je eine Organisationsverordnung. Darin werden insbesondere geregelt:

- a. die Ziele, Grundsätze und Zuständigkeiten der Departemente bzw. der Bundeskanzlei;
- b. die Ziele, Aufgaben und Zuständigkeiten der Gruppen und Ämter;
- c. die Zuordnung der Einheiten der dezentralen Verwaltung und, sofern nicht anderweitig geregelt, deren Ziele, Aufgaben und Zuständigkeiten.

#### Art. 29 Geschäftsordnungen der Departemente und der Bundeskanzlei

(Art. 37 und 43 Abs. 4 RVOG)

<sup>1</sup> Die Departemente und die Bundeskanzlei erlassen für sich Geschäftsordnungen. Darin können insbesondere geregelt werden:

- a. die Grundzüge der Führungsprozesse im Departement bzw. in der Bundeskanzlei;
- b. die organisatorischen Grundzüge des Departementes bzw. der Bundeskanzlei, sofern sie nicht durch andere Vorschriften geregelt sind;
- c. die Delegation von Unterschriften;
- d.<sup>27</sup> der Bezug von externen Beraterinnen und Beratern durch Gruppen und Ämter.

<sup>2</sup> Für departementsübergreifende Aufgaben können die zuständigen Departemente bzw. die Bundeskanzlei eine gemeinsame Geschäftsordnung erlassen.

<sup>3</sup> Die Geschäftsordnungen sind öffentlich zugänglich, werden aber nicht in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts publiziert.

#### Art. 30 Weisungen und Arbeitshilfen

<sup>1</sup> Der Bundesrat bzw. die Generalsekretärenkonferenz, die Departemente oder die Bundeskanzlei sorgen mit Weisungen und Arbeitshilfen für den guten Gang der Verwaltung.

<sup>27</sup> Eingefügt durch Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS 2002 2827).



- <sup>2</sup> Die Weisungen und Arbeitshilfen regeln insbesondere:
- a. die Vorbereitung von Bundesratsgeschäften;
  - b. ...<sup>28</sup>
  - c. die Gestaltung von Botschaften und Berichten des Bundesrates an die eidgenössischen Räte;
  - d. die Ausarbeitung und Gestaltung von Erlassen des Bundes;
  - e. die Grundsätze für eine stufengerechte Zuordnung von Zuständigkeiten;
  - f. das Vorverfahren der Gesetzgebung, soweit es nicht in der Verordnung vom 17. Juni 1991<sup>29</sup> über das Vernehmlassungsverfahren geregelt ist;
  - g. den Ressourceneinsatz insbesondere in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik und Logistik;
  - h. die Zusammensetzung und Wahl, die Aufträge, das Verfahren und den Geschäftsverkehr von Stabs-, Planungs- und Koordinationsorganen;
  - i. die Pflege der internationalen Beziehungen der Bundesverwaltung;
  - j. die kommerzielle Nebentätigkeit von Verwaltungseinheiten;
  - k. die Aktenführungspflicht;
  - l. Ermächtigungen der Bundespräsidentin oder des Bundespräsidenten in Anwendung von Artikel 26 Absatz 4 RVOG;
  - m. die Koordination der Information und Kommunikation.

## **2. Abschnitt: Bewilligungen zur Vornahme von Handlungen für einen fremden Staat und für internationale Gerichte<sup>30</sup>**

### **Art. 31**

<sup>1</sup> Die Departemente und die Bundeskanzlei entscheiden in ihrem Bereich über Bewilligungen nach Artikel 271 Ziffer 1 des Strafgesetzbuches<sup>31</sup> zur Vornahme von Handlungen für einen fremden Staat.

<sup>28</sup> Aufgehoben durch Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002 (AS **2002** 2827).

<sup>29</sup> [AS **1991** 1632, **1996** 1651 Art. 22. AS **2005** 4103 Art. 22]. Siehe heute die Vernehmlassungsverordnung vom 17. Aug. 2005 (SR **172.061.1**).

<sup>30</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 2 der V vom 19. Dez. 2003, in Kraft seit 1. Febr. 2004 (AS **2004** 433).

<sup>31</sup> SR **311.0**

<sup>1bis</sup> Ermächtigungen nach Artikel 22 des Bundesbeschlusses vom 21. Dezember 1995<sup>32</sup> über die Zusammenarbeit mit den internationalen Gerichten zur Verfolgung von schwer wiegenden Verletzungen des humanitären Völkerrechts erteilt das Bundesamt für Justiz.<sup>33</sup>

<sup>2</sup> Fälle von politischer oder anderer grundsätzlicher Bedeutung sind dem Bundesrat zu unterbreiten.

<sup>3</sup> Die Entscheide sind der Bundesanwaltschaft und den mitinteressierten Departementen zuzustellen.<sup>34</sup>

### 3. Abschnitt:...

**Art. 32**<sup>35</sup>

### 4. Abschnitt: Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget (FLAG)

(Art. 44 RVOG)

**Art. 33**<sup>36</sup> FLAG-Verwaltungseinheiten

<sup>1</sup> Für FLAG-Verwaltungseinheiten nach Artikel 44 RVOG gelten folgende Rahmenbedingungen:

- a. Gestützt auf den Leistungsauftrag des Bundesrates schliessen die Departemente mit jeder FLAG-Verwaltungseinheit eine jährliche Leistungsvereinbarung ab. Wird nur ein Teil eines Amtes mit FLAG geführt, so kann das Departement den Abschluss der Leistungsvereinbarung dem Amt delegieren; die Zustimmung des Departements zur Leistungsvereinbarung ist dabei vorbehalten.
- b. Die FLAG-Verwaltungseinheiten berichten dem Departement jährlich, wie die Ziele der Leistungsvereinbarung erfüllt worden sind.
- c. Ein Jahr vor Ablauf der Leistungsauftragsperiode erstellt die FLAG-Verwaltungseinheit einen detaillierten Wirkungs- und Leistungsbericht. Am Ende dieser Periode erstellt sie einen Rechenschaftsbericht.

<sup>32</sup> SR 351.20

<sup>33</sup> Eingefügt durch Anhang Ziff. 2 der V vom 19. Dez. 2003, in Kraft seit 1. Febr. 2004 (AS 2004 433).

<sup>34</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 2 der V vom 19. Dez. 2003, in Kraft seit 1. Febr. 2004 (AS 2004 433).

<sup>35</sup> Aufgehoben durch Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002 (AS 2002 2827).

<sup>36</sup> Fassung gemäss Art. 77 der Finanzhaushaltverordnung vom 5. April 2006 (SR 611.01).

<sup>2</sup> FLAG-Einheiten können untereinander und mit anderen Verwaltungseinheiten besondere Vereinbarungen abschliessen. Streitigkeiten aus diesen Vereinbarungen werden von dem in der Sachfrage federführenden Departement nach Anhörung der andern betroffenen Departemente entschieden.

## **5. Abschnitt: Aufhebung bisherigen Rechts**

### **Art. 34**

Der Bundesratsbeschluss vom 7. Juli 1971<sup>37</sup> über die Ermächtigung der Departemente und der Bundeskanzlei zum selbstständigen Entscheid über die Bewilligungen nach Artikel 271 Ziffer 1 des Schweizerischen Strafgesetzbuches wird aufgehoben.

## **6. Abschnitt: Inkrafttreten**

### **Art. 35**

<sup>1</sup> Diese Verordnung tritt unter Vorbehalt von Absatz 2 am 1. Januar 1999 in Kraft.

<sup>2</sup> Die Artikel 26 und 27 treten gleichzeitig mit der Organisationsverordnung für die Bundeskanzlei vom 5. Mai 1999<sup>38</sup> in Kraft.

<sup>37</sup> [AS 1971 1053]

<sup>38</sup> SR 172.210.10. Diese V trat am 1. Juni 1999 in Kraft.

*Anhang*<sup>39</sup>  
(Art. 6 Abs. 3)

## Liste der Verwaltungseinheiten der Bundesverwaltung

Die Bundesverwaltung besteht aus folgenden Verwaltungseinheiten:

### A. Die Bundeskanzlei

**Chancellerie fédérale**  
**Cancelleria federale**  
**Chanzlia federala**

1. *Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:*

Keine

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Eidgenössischer Datenschutzbeauftragter  
Préposé fédéral à la protection des données  
Incaricato federale della protezione dei dati  
Incumbensà federal per la protecziun da datas

<sup>39</sup> Bereinigt gemäss Art. 17 Abs. 4 der Organisationsverordnung für das EVD vom 14. Juni 1999 (SR **172.216.1**), Anhang Ziff. 2 der Organisationsverordnung vom 6. Dez. 1999 für das UVEK (SR **172.217.1**), Anhang Ziff. II 5 der Organisationsverordnung EJPD vom 17. Nov. 1999 (SR **172.213.1**), Art. 19 der V vom 23. Febr. 2000 über die Meteorologie und Klimatologie (SR **429.11**), Ziff. II der V vom 28. Juni 2000 (AS **2000** 1849), Art. 19 Ziff. 3 der Organisationsverordnung für das EDI vom 28. Juni 2000 (SR **172.212.1**), Art. 13 der V über die Pflege des schweizerischen Erscheinungsbildes im Ausland vom 25. Okt. 2000 (SR **194.11**), Ziff. II der V vom 4. Dez. 2000 (AS **2001** 265), Art. 33 Ziff. 1 der Organisationsverordnung für das EFD vom 11. Dez. 2000 (SR **172.215.1**), Art. 13 Ziff. 1 der Organisationsverordnung für das Schweizerische Heilmittelinstitut vom 28. Sept. 2001 (SR **812.216**), Ziff. II der V vom 10. April 2002 (AS **2002** 1155), vom 21. Aug. 2002 (AS **2002** 2827), Ziff. II 1 der V vom 25. Juni 2003 (AS **2003** 2122), Anhang der Organisationsverordnung für das VBS vom 7. März 2003 (SR **172.214.1**), Art. 2 der V vom 19. Dez. 2003 (AS **2004** 301), Anhang Ziff. I der Verordnung ETH-Bereich vom 19. Nov. 2003 (SR **414.110.3**), Ziff. II der V vom 18. Aug. 2004 (AS **2004** 4123), Anhang Ziff. 7 der V vom 3. Nov. 2004 (AS **2004** 4813), Ziff. II 1 der V vom 10. Dez. 2004 (AS **2004** 5257), Anhang Ziff. 2 der V vom 27. April 2005 (AS **2005** 2885), Ziff. II 1 der V vom 26. Okt. 2005 (AS **2005** 5441) und Ziff. III 1 der V vom 10. März 2006 (AS **2006** 1089).

**B. Die Departemente****Départements****Dipartimenti****Departaments****Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten****Département fédéral des affaires étrangères****Dipartimento federale degli affari esteri****Departament federal dals affars exteriurs***1. Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:*

Generalsekretariat

Secrétariat général

Segreteria generale

Secretariat general

Staatssekretariat

Secrétariat d'Etat

Segreteria di Stato

Secretariat da stadi

Politische Direktion

Direction politique

Direzione politica

Direzziun politica

Direktion für Völkerrecht

Direction du droit international public

Direzione del diritto internazionale pubblico

Direzziun per dretg internaziunal public

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit

Direction du développement et de la coopération

Direzione dello sviluppo e della cooperazione

Direzziun per svilup e cooperaziun

Direktion für Ressourcen und Aussennetz

Direction des ressources et du réseau extérieur

Direzione delle risorse et della rete esterna

Direzziun per resursas e rait exteriura

*2. Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Darunter fällt insbesondere:

Präsenz Schweiz

Présence Suisse

Presenza Svizzera

Preschientscha Svizra

**Eidgenössisches Departement des Innern**  
**Département fédéral de l'intérieur**  
**Dipartimento federale dell'interno**  
**Departament federal da l'intern**

*1. Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:*

Generalsekretariat  
 Secrétariat général  
 Segreteria generale  
 Secretariat general

Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann  
 Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes  
 Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo  
 Uffizi federal per l'egualitad tranter dunna ed um

Bundesamt für Kultur  
 Office fédéral de la culture  
 Ufficio federale della cultura  
 Uffizi federal da cultura

Schweizerisches Bundesarchiv  
 Archives fédérales  
 Archivio federale  
 Archiv federal

Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie (MeteoSchweiz)  
 Office fédéral de météorologie et de climatologie (MétéoSuisse)  
 Ufficio federale di meteorologia e climatologia (MeteoSvizzera)  
 Uffizi federal per meteorologia e climatologia (MeteoSvizra)

Bundesamt für Gesundheit  
 Office fédéral de la santé publique  
 Ufficio federale della sanità pubblica  
 Uffizi federal da sanitad

Bundesamt für Statistik  
 Office fédéral de la statistique  
 Ufficio federale di statistica  
 Uffizi federal da statistica

Bundesamt für Sozialversicherung  
 Office fédéral des assurances sociales  
 Ufficio federale delle assicurazioni sociali  
 Uffizi federal d'assicuranzas socialas

Staatssekretariat für Bildung und Forschung  
 Secrétariat d'Etat à l'éducation et à la recherche  
 Segreteria di Stato per l'educazione e della ricerca  
 Secretariat da stadi per furmaziun e perscrutaziun

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Darunter fallen insbesondere:

Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen

Domaine des écoles polytechniques fédérales

Settore dei politecnici federali

Sectur da las scolas politecnicas federalas

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETHZ)

Ecole polytechnique fédérale de Zürich

Politecnico federalie di Zurigo

Scola politecnica federala da Turitg

Eidgenössische Technische Hochschule Lausanne (ETHL)

Ecole polytechnique fédérale de Lausanne

Politecnico federale di Losanna

Scola politecnica federala da Losanna

Paul-Scherrer-Institut (PSI)

Institut Paul Scherrer

Istituto Paul Scherrer

Institut Paul Scherrer

Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL)

Institut fédéral de recherches sur la forêt, la neige et le paysage

Istituto federale di ricerca per la foresta, la neve e il paesaggio

Institut federal per la perscrutaziun da guaud, naiv e cuntrada

Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (EMPA)

Laboratoire fédéral d'essai des matériaux et de recherches

Laboratorio federale di prova dei materiali e di ricerca

Institut federal da controlla da material e da perscrutaziun

Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (EAWAG)

Institut fédéral pour l'aménagement, l'épuration et la protection des eaux

Istituto federale per l'approvvigionamento, la depurazione e la protezione delle acque

Institut federal per provediment, serenaziun e protecziun da las auas

Swissmedic, Schweizerisches Heilmittelinstitut

Swissmedic, Institut suisse des produits thérapeutiques

Swissmedic, Istituto svizzero per gli agenti terapeutici

Swissmedic, Institut svizzer per products therapeutics

Swissmedic, Swiss Agency for Therapeutic Products

**Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement**  
**Département fédéral de justice et police**  
**Dipartimento federale di giustizia e polizia**  
**Departament federal da giustia e polizia**

1. *Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:*

Generalsekretariat  
 Secrétariat général  
 Segreteria generale  
 Secretariat general

Bundesamt für Justiz  
 Office fédéral de la justice  
 Ufficio federale di giustizia  
 Uffizi federal da giustia

Bundesamt für Polizei  
 Office fédéral de la police  
 Ufficio federale di polizia  
 Uffizi federal da polizia

Bundesamt für Migration (BFM)  
 Office fédéral des migrations (ODM)  
 Ufficio federale della migrazione (UFM)  
 Uffizi federal da migraziun (UFM)

Bundesamt für Metrologie (METAS)  
 Office fédéral de métrologie (METAS)  
 Ufficio federale di metrologia (METAS)  
 Uffizi federal da metrologia (METAS)

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Darunter fallen insbesondere:

Bundesanwaltschaft  
 Ministère public de la Confédération  
 Ministero pubblico della Confederazione  
 Procura publica federala

Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung  
 Institut suisse de droit comparé  
 Istituto svizzero di diritto comparato  
 Institut svizzer da dretg cumparativ

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum  
 Institut Fédéral de la Propriété Intellectuelle  
 Istituto Federale della Proprietà Intellettuale  
 Institut Federal da Proprietad Intellectuala



**Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**  
**Département fédéral de la défense, de la protection de la population**  
**et des sports****Dipartimento federale della difesa, della protezione della popolazione**  
**e dello sport****Departament federal da defensiun, protecziun da la populaziun e sport***1. Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:*

Generalsekretariat

Secrétariat général

Segreteria generale

Secretariat general

Direktion für Sicherheitspolitik<sup>40</sup>

Direction de la politique de sécurité

Direzione della politica di sicurezza

Direcziun da la politica da sicurezza

Direktion für Strategischen Nachrichtendienst<sup>41</sup>

Direction du Renseignement stratégique

Direzione del Servizio informazioni strategico

Direcziun dal servetsch d'infurmaziuns strategic

Oberauditorat

Office de l'auditeur en chef

Ufficio dell'uditore in capo

Auditorat superiur

Gruppe Verteidigung

Groupement Défense

Aggruppamento Difesa

Gruppa da defensiun

Planungsstab der Armee

Etat-major de planification de l'armée

Stato maggiore di pianificazione dell'esercito

Stab da planisaziun da l'armada

Führungsstab der Armee

Etat-major de conduite de l'armée

Stato maggiore di condotta dell'esercito

Stab directiv da l'armada

Höhere Kaderausbildung der Armee

Instruction supérieure des cadres de l'armée

Istruzione superiore dei quadri dell'esercito

Instrucziun superiura dal cader da l'armada

<sup>40</sup> Stabsstelle<sup>41</sup> Stabsstelle

Heer  
 Forces terrestres  
 Forze terrestri  
 Truppas terrestras  
 Luftwaffe  
 Forces aériennes  
 Forze aeree  
 Aviatica militara  
 Logistikbasis der Armee  
 Base logistique de l'armée  
 Base logistica dell'esercito  
 Basa da logistica da l'armada  
 Führungsunterstützungsbasis  
 Base d'aide au commandement  
 Base d'aiuto alla condotta  
 Basa d'agid al comando

Gruppe armasuisse  
 Groupement armasuisse  
 Aggruppamento armasuisse  
 Gruppa armasuisse

Bundesamt für Führungs-, Telematik- und Ausbildungssysteme  
 Office fédéral des systèmes de conduite, télématiques et d'instruction  
 Ufficio federale dei sistemi di condotta, telematici e d'istruzione  
 Uffizi federal per sistems da cumond, da telematica e d'instrucziun

Bundesamt für Waffensysteme, Fahrzeuge und Material  
 Office fédéral des systèmes d'armes, des véhicules et du matériel  
 Ufficio federale dei sistemi d'arma, dei veicoli e del materiale  
 Uffizi federal per sistems d'armas, vehichels e material

Bundesamt für Landestopografie (swisstopo)  
 Office fédéral de topographie (swisstopo)  
 Ufficio federale di topografia (swisstopo)  
 Uffizi federal da topografia (swisstopo)

Bundesamt für Bevölkerungsschutz  
 Office fédéral de la protection de la population  
 Ufficio federale della protezione della popolazione  
 Uffizi federal da protecziun da la populaziun

Bundesamt für Sport  
 Office fédéral du sport  
 Ufficio federale dello sport  
 Uffizi federal da sport

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Keine

**Eidgenössisches Finanzdepartement**  
**Département fédéral des finances**  
**Dipartimento federale delle finanze**  
**Department federal da finanzas**

*1. Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:*

Generalsekretariat  
Secrétariat général  
Segreteria generale  
Secretariat general

Eidgenössische Finanzverwaltung  
Administration fédérale des finances  
Amministrazione federale delle finanze  
Administraziun federala da finanzas

Eidgenössisches Personalamt  
Office fédéral du personnel  
Ufficio federale del personale  
Uffizi federal dal persunal

Eidgenössische Steuerverwaltung  
Administration fédérale des contributions  
Amministrazione federale delle contribuzioni  
Administraziun federala da taglia

Eidgenössische Zollverwaltung  
Administration fédérale des douanes  
Amministrazione federale delle dogane  
Administraziun federala da duana

Bundesamt für Informatik und Telekommunikation  
Office fédéral de l'informatique et de la télécommunication  
Ufficio federale dell'informatica e della telecomunicazione  
Uffizi federal da l'informatica e dalla telecomunicaziun

Bundesamt für Bauten und Logistik  
Office fédéral des constructions et de la logistique  
Ufficio federale delle costruzioni e della logistica  
Uffizi federal per edifizis e logistica

Bundesamt für Privatversicherungen  
Office fédéral des assurances privées  
Ufficio federale delle assicurazioni private  
Uffizi federal d'assicuranzas privatas

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Darunter fallen insbesondere:

Eidgenössische Alkoholverwaltung

Régie fédérale des alcools

Regia federale degli alcool

Administraziun federala d'alcohol

Eidgenössische Finanzkontrolle

Contrôle fédéral des finances

Controllo federale delle finanze

Controlla federala da finanzas

Eidgenössische Bankenkommission

Commission fédérale des banques

Commissione federale delle banche

Cumissiun federala da bancas

Pensionskasse des Bundes PUBLICA

Caisse fédérale de pensions PUBLICA

Cassa pensioni della Confederazione PUBLICA

Cassa federala da pensium PUBLICA

**Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement**  
**Département fédéral de l'économie**  
**Dipartimento federale dell'economia**  
**Department federal d'economia**

*1. Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:*

Generalsekretariat

Secrétariat général

Segreteria generale

Secretariat general

Preisüberwachung

Surveillance des prix

Sorveglianza dei prezzi

Surveglianza da pretschs

Staatssekretariat für Wirtschaft

Secrétariat d'Etat à l'économie

Segretariato di Stato dell'economia

Secretariat da stadi per l'economia

Bundesamt für Berufsbildung und Technologie

Office fédéral de la formation professionnelle et de la technologie

Ufficio federale della formazione professionale e della tecnologia

Uffizi federal per la furmaziun professiunala e per la tecnologia

Bundesamt für Landwirtschaft

Office fédéral de l'agriculture

Ufficio federale dell'agricoltura

Uffizi federal d'agricoltura

Bundesamt für Veterinärwesen

Office vétérinaire fédéral

Ufficio federale di veterinaria

Uffizi federal per veterinaria

Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung

Office fédéral pour l'approvisionnement économique du pays

Ufficio federale per l'approvvigionamento economico del Paese

Uffizi federal per il provediment economic dal pajais

Bundesamt für Wohnungswesen

Office fédéral du logement

Ufficio federale delle abitazioni

Uffizi federal d'abitaziuns

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Darunter fällt insbesondere:

Wettbewerbskommission

Commission de la concurrence

Commissione della concorrenza

Cummissiun da concorrenza

**Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie  
und Kommunikation****Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie  
et de la communication****Dipartimento federale dell'ambiente, dei trasporti, dell'energia  
e delle comunicazioni****Departament federal per ambient, traffic, energia e comunicaziun***1. Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:*

Generalsekretariat

Secrétariat général

Segreteria generale

Secretariat general

Bundesamt für Verkehr

Office fédéral des transports

Ufficio federale dei trasporti

Uffizi federal da traffic

Bundesamt für Zivilluftfahrt

Office fédéral de l'aviation civile

Ufficio federale dell'aviazione civile

Uffizi federal d'aviatica civila

Bundesamt für Energie

Office fédéral de l'énergie

Ufficio federale dell'energia

Uffizi federal d'energia

Bundesamt für Strassen

Office fédéral des routes

Ufficio federale delle strade

Uffizi federal da vias

Bundesamt für Kommunikation

Office fédéral de la communication

Ufficio federale delle comunicazioni

Uffizi federal da comunicaziun

Bundesamt für Umwelt

Office fédéral de l'environnement

Ufficio federale dell'ambiente

Uffizi federal d'ambient

Bundesamt für Raumentwicklung

Office fédéral du développement territorial

Ufficio federale dello sviluppo territoriale

Uffizi federal da svilup dal territori

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Darunter fallen insbesondere:

Büro für Flugunfalluntersuchungen und

Büro für Eisenbahnunfalluntersuchungen

Bureau d'enquête sur les accidents d'aviation et

Bureau d'enquête sur les accidents ferroviaires

Ufficio d'inchiesta sugli infortuni aeronautici e

Ufficio d'inchiesta sugli infortuni ferroviari

Biro per examinar accidents d'aviun e biro per examinar accidents da viafier

Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen

Autorité indépendante d'examen des plaintes en matière de radio-télévision

Autorità indipendente di ricorso in materia radiotelevisiva

Autoridad independenta da recurs en dumondas da radio e televisiun

Eidgenössische Flugunfallkommission

Commission fédérale sur les accidents d'avion

Commissione federale sugli infortuni aeronautici

Cumissiu federala davart accidents d'aviun

Eidgenössische Kommunikationskommission

Commission fédérale de la communication

Commissione federale delle comunicazioni

Cumissiu federala da comunicaziun

Schiedskommission im Eisenbahnverkehr

Commission d'arbitrage dans le domaine des chemins de fer

Commissione d'arbitrato in materia ferroviaria

Cumissiu da cumpromiss per il traffic da viafier

Dienst für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs

Service chargé de la surveillance de la correspondance par poste et télécommunication

Servizio di sorveglianza della corrispondenza postale e del traffico delle telecomunicazioni

Servetsch da surveglianza de la correspundenza per posta e telecommunicaziun